

Bündnis 90 / Die Grünen – Kirchstr. 30 – 42799 Leichlingen

Bürgermeister der Stadt Leichlingen
Am Büscherhof 1

42799 Leichlingen

19. Okt. 2014

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Steffes,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, der Rat der Stadt Leichlingen möge folgende Resolution zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA beschließen:

1. Der Rat der Stadt Leichlingen setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur-, Sozial- und Bildungspolitik ein.
2. Der Rat der Stadt Leichlingen fordert daher die Landesregierung, den Deutschen Städtetag, die Bundesregierung, das EU-Parlament und die EU-Kommission auf:
 1. für transparente und öffentliche Verhandlungen zu sorgen.
 2. den Mitgliedsstaaten Mitspracherechte einzuräumen.
 3. jeden Eingriff in die grundgesetzlich geschützte kommunale Selbstverwaltung zu verhindern.
 4. die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Kultur und Bildung aus den Verhandlungen ausdrücklich herauszunehmen.
3. Der Rat der Stadt Leichlingen begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 12.02.2014 und des gemeinsamen Positionspapiers der kommunalen Spitzenverbände und dem Verband kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014 in dieser Angelegenheit und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen an.

Begründung:

Die Erläuterungen zum Beschluss des Deutschen Städtetages vom 12.02.2014 machen deutlich, dass die kommunale Daseinsvorsorge auch in Leichlingen in ganz erheblichen Umfang von den Konsequenzen dieses Abkommens betroffen sein kann und möglicherweise dann in weiten Teilen nicht mehr vom Rat der Stadt Leichlingen und damit von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt gestaltet werden kann.

Gerade die kommunale Daseinsvorsorge kann und darf nicht ausschließlich unter marktorientierten Gesichtspunkten betrachtet und gestaltet werden, weil ihr Zweck eben nicht Gewinnmaximierung und Wachstumsorientierung ist. Die kommunale Daseinsvorsorge hat in allererster Linie dem Gemeinwohl zu dienen.

Es darf nicht sein, dass in diese Grundlage unserer Gemeinwesen eingegriffen wird, ohne die Betroffenen zu hören, geschweige denn ein Mitspracherecht einzuräumen!

Wir bitten daher den Rat der Stadt Leichlingen, die vorgeschlagene Resolution zu verabschieden.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Langenbucher

Bündnis 90/ Die Grünen
stv. Fraktionsvorsitzender
